

## Bayern stemmt sich gegen die Krise Der Landtag berät Doppelhaushalt 2009/2010

*Er füllt 16 Bände und sieht Ausgaben in Höhe von knapp 40,1 Milliarden Euro für 2009 und 41,1 Milliarden Euro für 2010 vor: der Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Doppelhaushalt. Bis Anfang April soll er unter Dach und Fach gebracht sein.*

Als „zukunftsgerichtet, konjunkturgerecht, solide“ bezeichnete Finanzminister Georg Fahrenschon seinen Etatentwurf. Damit stemme sich Bayern gegen den Konjunkturabschwung und setze in wirtschaftlich schwieriger Zeit „die richtigen Schwerpunkte“. Die Opposition sieht das anders: Sie vermisst konjunkturelle Impulse und Investitionen. Laut Entwurf wird die Inves-



Die Verabschiedung des Staatshaushalts – eine der bedeutendsten Aufgaben des Parlaments. Foto: dpa

titionsquote des Freistaats von 13,4 Prozent im Jahr 2008 auf 12,5 Prozent in diesem und 12,0 Prozent im kommenden Jahr sinken. Ursache sind unter anderem Ausgaben für neue Lehrer und Studienplätze. Negativ zu Buche schlägt

auch das BayernLB-Debakel, für das der Freistaat in den kommenden zwei Jahren 600 Millionen Euro an Zinsen aufbringen muss.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

### Themen

#### Finanz- und Wirtschaftskrise

Bayern hat eine gute Ausgangslage



Seite 7

#### DB-Chef im Landtag

Bahn gibt Qualitätsprobleme zu



Seite 11

#### Europawahl

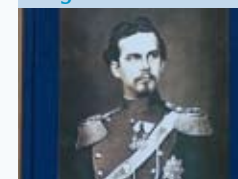
Weiß-blaue Vorbereitungen



Seite 14

#### Märchenkönig Ludwig II.

Ausgezeichnete Dissertation



Seite 17

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Unter den Kurfürsten der Wittelsbacher besaß die Ständeversammlung bereits ein „Steuerbewilligungsrecht“. Ab 1819, als es in Bayern erstmals einen Landtag mit einer Finanzverfassung nach modernen Grundsätzen gab, zählte die Festsetzung des Budgets zu den wichtigsten Aufgaben der Abgeordneten.

Damals wie heute nimmt das Parlament mit seinem Vorrecht, den Staatshaushalt festzulegen, maßgeblichen Einfluss auf das politische Geschehen.

In diesen Tagen und Wochen ist es wieder soweit: Im Plenum wurde Ende Januar der Gesetzentwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2009/2010 in Erster Lesung diskutiert. In den kommenden Wochen werden nun die Änderungsanträge der Fraktionen zu dem mehrere tausend Seiten umfassenden Etatentwurf im Haushaltsausschuss beraten. Im letzten Plenum vor der Osterpause sollen alle 14 Einzelpläne des Landeshaushalts unter Dach und Fach gebracht sein. „Maximilianeum“ greift das Thema Doppelhaushalt in dieser Ausgabe als Schwerpunkt auf. [➔ MEHR](#)

Dies geht nicht, ohne zugleich auch einen Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation im Freistaat zu werfen: Wie kann die Krise aus der Sicht der Landtagsfraktionen am besten bewältigt werden? Und was sagen namhafte Experten dazu? Wir haben **Randolf Rodenstock** vom Verband der Bayerischen Wirtschaft, **Fritz Schösser** vom DGB Bayern und **Kai Carstensen** vom ifo Institut in München befragt. [➔ MEHR](#)

Weitere Themen dieser Ausgabe: Besuch von **Klaus-Dieter Josel**, Generalbevollmächtigter der DB in Bayern im Wirtschaftsausschuss, die weiß-blauen Vorbereitungen auf die Europawahl am 7. Juni und ein Bericht über die „Biografie eines Gebäudes“ – das neue Buch von **Peter Jakob Kock** über das Maximilianeum.

Wir wünschen Ihnen wieder eine interessante Lektüre!  
DIE REDAKTION



## Inhalt

<b>Editorial</b>	2
<b>Titelthema</b>	
Doppelhaushalt 2009/2010	
Debatte im Plenum	3
Porträt: Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen	4
Im Schatten der Wirtschaftskrise: „Bayern hat sehr gute Ausgangslage“	7
Experten: Wege aus der Rezession	8
Standpunkte der Landtagsfraktionen	9
<b>Ausschüsse</b>	
Wirtschaftsausschuss: Qualitätsprobleme der Bahn	11
Europaausschuss beim französischen Generalkonsul	13
<b>Hintergrund</b>	
Europawahl: Weiß-blaue Vorbereitungen	14
<b>Parlament</b>	
Bibliothek: Bits und Bytes statt Papier	15
<b>Notizen</b>	
Autor Peter Jakob Kock stellt sein Buch über das Maximilianeum vor	16
US-Diplomat John Koenig im Maximilianeum	17
Notizen, Impressum	18

# Debatte um den Doppelhaushalt

## Fraktionen uneins über die richtigen Schwerpunkte für die Jahre 2009 und 2010

*Der Landtag diskutiert über den Etat 2009/2010: Die Regierung geht von einem ausgeglichenen Haushalt mit vielen Chancen aus. Nach Ansicht der Opposition setzt der Haushalt keine konjunkturellen Impulse.*

Eine undankbare Aufgabe kam Finanzminister Georg Fahrenschon in Anbetracht der weltweiten Wirtschaftskrise zu, als er Ende Januar dem Landtag den Gesetzesentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans 2009/2010 präsentierte. Der Haushalt sei zukunftsgerichtet, konjunkturgerecht und solide, ließ Fahrenschon die Parlamentarier wissen. „Mit ihm setzen wir die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Wirtschaft und Technologie“, sagte der CSU-Politiker. Der Doppelhaushalt strebt die Schaffung von über 3 000 zusätzlichen



Kontrovers diskutierten die Landtagsfraktionen den Etatentwurf des Finanzministers.

Foto: Poss

Lehrerstellen und 38 000 zusätzlichen Studienplätzen sowie zusätzlichen Stellen an Hochschulen an. Hinsichtlich der Investitionen des Freistaats sieht der Haushaltsentwurf einen leichten Rückgang von 5,1 (2008) auf 5,0 Milliarden Euro vor. Weder eine Neuverschuldung noch die Rückzahlung von Schulden ist für die Jahre 2009/2010 vorgesehen. Zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben ist eine Entnahme aus der Rücklage geplant.

Nach Auffassung von Adelheid Rupp (SPD) sind die Vorschläge der Regierung in dem

„Schönwetter-Haushalt“ hierzu bei Weitem nicht ausreichend. „Mit dem Haushalt werden die konjunkturellen Impulse nicht gesetzt“, kritisierte Rupp. Vielmehr werde auf das Konjunkturprogramm des Bundes vertraut. Insbesondere forderte Rupp mehr Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Hochschulen. Dagegen argumentierte Georg Winter (CSU), man könne die Konjunktur auch ankurbeln, ohne zu fragen, „wieviel Geld man dafür zusätzlich in die Hand nimmt, sondern indem man fragt: Wie können wir das Unternehmen

Deutschland künftig noch besser organisieren?“

### 10 Milliarden Euro für die BayernLB

Mannfred Pointner (FW) kritisierte, dass der Haushaltsplan „auf Kante“ genäht und ein „Sparhaushalt“ sei, der wenig neue Möglichkeiten enthalte. Entgegen der Kurzdarstellung des Doppelhaushalts handele es sich nicht bereits zum vierten und fünften Mal um einen ausgeglichenen Haushalt. Durch den zweiten Nachtragshaushalt 2008 sei eine Neuverschuldung von 10 Milliarden Euro zur Rettung der BayernLB beschlossen worden, die lediglich als Sonderausgabe deklariert worden sei.

Grünen-Finanzexperte Thomas Mütze vertrat die Auffassung, dass die Ausgaben, die der Haushaltsentwurf vorsieht, nicht vollständig gegenfinanziert seien. „Das Milliardenrisiko Konjunktur haben Sie nicht eingerechnet. Ihre Rechnungen basieren auf der Steuerschätzung vom November, die mit 0,2 Prozent noch positiv ausgefallen ist“, sagte er. Karsten Klein (FDP) verteidigte dagegen den Haushaltsentwurf: „Die Haushaltserweiterung beträgt 5 Prozent. Der Vorwurf, in Bayern werde nichts getan, ist faktisch falsch“, sagte er.

[MEHR](#) /bia

Serie - Teil 1: Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

## Die etwas andere „Hauptversammlung“

*Sie sind die „Werkstätten“ des Parlamentsbetriebs: die Ausschüsse. Jeder der zwölf ständigen Ausschüsse des Landtags ist für ein bestimmtes Politikfeld zuständig. Hier beraten die Experten der Fraktionen Gesetzentwürfe und Anträge, zu denen sie Beschlussempfehlungen abgeben. Dadurch werden inhaltlich die Sitzungen und Entscheidungen der Vollversammlung vorbereitet. In seiner neuen Serie stellt „Maximilianeum“ die Ausschüsse des Landtags der Reihe nach vor. Den Anfang macht der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der momentan mitten in den Arbeiten für den Doppelhaushalt 2009/2010 steckt.*

In diesen Wochen haben die Mitglieder des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen wieder ein umfangreiches Arbeitspensum zu erledigen. Kurz vor Weihnachten hat Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) den Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt für die Jahre 2009 und 2010 in den Landtag eingebracht, bis spätestens Ostern soll das mehrere tausend Seiten starke Werk Gesetz sein.

Es geht um Staatsausgaben von jeweils gut 40 Milliarden Euro in beiden Jahren. Die Beratung des Staatshaushalts ist die vor-

nehmste Aufgabe der 22 Parlamentarier – elf von der CSU, fünf von der SPD und je zwei von Freien Wählern, Grünen und FDP.

Die Vorlage der Staatsregierung dient dabei als Grundgerüst. Aus allen Fraktionen werden dazu Änderungsanträge eingereicht. Besonders viele Änderungswünsche haben die Oppositionsfraktionen, die damit versuchen, über Mittelneuzuweisungen oder -umschichtungen Korrekturen an der Landespolitik vorzunehmen. Das gelingt aber nur in Ausnahmefällen. Erfolgreicher sind die Anträge der Regierungs-



Der Haushaltsausschuss – einer der wichtigsten Fachausschüsse des Landtags.

Foto: Poss

fraktionen. In den vergangenen Jahren gewährte die bis zur Landtagswahl allein CSU-geführte Staatsregierung den Abgeordneten der Regierungspartei eine so genannte „Fraktionsreserve“, mit der CSU-Parlamentarier eigene Schwerpunkte setzen konnten. In diesem Jahr müssen die Projekte erst mit dem Koalitionspartner FDP abgesprochen werden.

Nicht alle Wünsche der Regierungsfractionen lassen sich aber mit zusätzlichem Geld verwirklichen. Deshalb müssen oft Mittel, die von der Staatsregierung eigentlich für andere Projekte vorgesehen waren, auf die neuen Vorhaben umgeschichtet werden. Oft schalten sich in dieses Verfahren Verbände und andere Interessensvertreter mit Petitionen ein.

## Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen



Haushalt: Grundlage für die Staatstätigkeit. ddp

Wenn die Staatsregierung im Verlauf der sich über mehrere Monate hinziehenden Haushaltsberatungen selbst noch Änderungen am Etatentwurf vornehmen will, legt sie dem Haushaltsausschuss sogenannte „Nachschublisten“ vor. Oft handelt es sich dabei um die Reaktion auf aktuelle Entwicklungen. Heuer zum Beispiel macht das Konjunkturpaket der Bundesregierung Nachschublisten erforderlich. Erst als der Entwurf des bayerischen Doppelhaushalts schon gedruckt war, beschloss die Bundesregierung, den Ländern rund zehn Mil-

liarden Euro für Investitionen zur Abfederung der Konjunkturkrise zur Verfügung zu stellen. Der Anteil an dem Bundesprogramm muss jetzt zusammen mit bayerischen Mitteln über die Nachschublisten etatisiert werden.

### Lange Tradition in Bayern: System der Doppelhaushalte

Muss nach der Verabschiedung des Haushalts im Landtag etwas an den Ausgabeplänen geändert werden, reicht die Staatsregierung einen Nachtragshaushalt ein, der ebenfalls vom Haushaltsausschuss beraten wird. Wegen der in Bayern üblichen Doppelhaushalte für zwei Jahre erfolgt dies im Regelfall zur Halbzeit der Gültigkeit des Haushaltsgesetzes, im aktuellen Zyklus also Ende 2009. Das Nachtragsverfahren ist weniger aufwändig, da es meistens nur um Nachjustierungen in Einzelpunkten geht. Das System der Doppelhaushalte hat in Bayern eine lange Tradition. Es reduziert insgesamt den Verwaltungsaufwand und gibt den Verwaltungseinheiten und Mittelempfängern längere Planungssicherheit.

Neben der Beratung des Staatshaushalts hat der Haushaltsausschuss auch wichtige Informationsrechte und Zustimmungsvorbehalte bei bestimmten staatlichen Ausgaben. So können die Abgeordneten von der Staatsregierung Berichte zum Haushaltsvollzug, zur Situation der

Steuereinnahmen, zur wirtschaftlichen Lage von Staatsbeteiligungen wie zum Beispiel der Landesbank oder zur Umsetzung parlamentarischer Vorgaben bei staatlichen Investitionen anfordern.

Ein bedeutendes Recht ist zudem die Freigabe von Haushaltsmitteln für staatliche Hochbaumaßnahmen und die Genehmigung der Verwendung der Erlöse aus den staatlichen Fonds für Umwelt, Kultur und Soziales. In diesen Fällen, wie auch beim An- und Verkauf staatlicher Grundstücke und Firmenbeteiligungen – der Freistaat ist Gesellschafter bei mehreren Dutzend privater oder öffentlicher Einrichtungen – ist der Haushaltsausschuss letztberatendes Gremium. Die sonst übliche Beschlussfassung durch das Landtagsplenum ist dann nicht mehr erforderlich. Beraten werden im Ausschuss auch Anträge und Petitionen, die haushaltsrelevant sind, also mit staatlichen Ausgaben verbunden sind. Der Haushaltsausschuss ist für die Staatsregierung auch das, was die Hauptversammlung für eine Aktiengesellschaft ist. Auf der Basis der Prüfberichte des Obersten Bayerischen Rechnungshofes überwacht der Ausschuss den korrekten Haushaltsvollzug und erteilt der Regierung die Entlastung. Diese erfolgt jährlich im Rahmen der Beratung des jeweiligen Jahresberichts des Rechnungshofes.

 /Jürgen Umlauf

### Aures ist neue Vize-Chefin der Landesbank-Kontrollkommission

Inge Aures ist die neue stellvertretende

Vorsitzende in der parlamentarischen Kontrollkommission für die Landesbank. Die SPD-Politikerin folgt damit Adelheid Rupp nach, die diesen Posten wegen



parteiinterner Querelen räumen musste. Aures ist seit Herbst 2008 Landtagsabgeordnete, hat aber dennoch schon politische Erfahrung gesammelt: Zwölf Jahre lang war sie Oberbürgermeisterin von Kulmbach. In dieser Funktion beaufsichtigte sie auch die örtliche Sparkasse und führte eine Fusion mit benachbarten Sparkassen durch. Seither bezweifelt die SPD-Politikerin, dass die Landesbank richtig kontrolliert wurde. Siegfried Naser, Sparkassenpräsident und damals Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank, habe jedenfalls „die Sparkassendirektoren immer sehr eloquent eingenordet“, wenn es darum ging, Geld für neue Geschäfte lockerzumachen, sagte sie kürzlich der *Welt*. Hin und wieder habe es auch Einladungen nach New York gegeben. „Ich bin aber nie mitgefahren“, sagt Aures.

 /bia

## Porträt der beiden Vorsitzenden

### Georg Winter (CSU) – „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“

Es ist sicher keine leichte Aufgabe in Zeiten der Finanzkrise, doch Georg Winter kennt den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schließlich nicht erst seit gestern: Nach 14 Jahren einfacher Mitgliedschaft rückte der schwäbische Christsoziale an die Spitze dieses wichtigen Gremiums. Er folgt damit dem langjährigen Vorsitzenden Manfred Ach, einem finanzpolitischen Schwergewicht. Winter konnte sich im Wettbewerb um die Nachfolge behaupten.

Das Thema Haushalt und Finanzen beschäftigt den Schwaben schon mehr als sein halbes Leben lang. Bereits mit 27 Jahren wurde der gelernte Landwirt und Diplomverwaltungswirt (FH) Zweiter Bürgermeister und Kreisrat, vier Jahre später war er Mitglied des Bezirkstages. Auf all diesen kommunalen Ebenen hat er sich mit der Haushaltsplanung beschäftigt. Insofern war es nur folgerichtig, dass er vier Jahre nach seinem Einzug ins Maximilianeum 1994 für Richard Wengenmeier (CSU) in den Haushaltsausschuss nachrückte.

„Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“, diesen Grundsatz führt Winter, nach den Prinzipien des staatlichen Wirtschaftens befragt, an. In guten Zeiten müssten die öffentlichen

Haushalte ohne Neuverschuldung auskommen. Doch natürlich sind diese guten Zeiten vorerst vorbei:

„Aktuell gilt es, die Auswirkungen der Rezession abzumildern, Arbeitsplätze zu sichern und durch gezielte Maßnahmen dafür zu sorgen, dass Deutschland bzw. Bayern gestärkt aus der Krise hervorgeht“, schrieb er in der *Bayerischen Staatszeitung*. Während Fraktionskollegen schon im laufenden Jahr die Notwendigkeit zur Neuverschuldung sehen, gibt sich Winter jedoch zuversichtlich, 2009 noch ohne neue Schulden auskommen zu können. Eine Prognose für 2010 erscheint ihm allerdings gewagt. Im Vorfeld der anstehenden zweiten Föderalismusreform will sich der Vater zweier Kinder für eine strenge Defizitregelung einsetzen.



Foto: Poss

[➔ MEHR](#) /asa

### Adelheid Rupp (SPD) – „Regierung betreibt Schönwetter-Politik“

Sie ist wohl das, was landläufig als „Powerfrau“ bezeichnet wird: Adelheid Rupp, SPD-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende im Haushaltsausschuss, gibt sich gern kämpferisch, bleibt dabei aber meist gut gelaunt. Nur manchmal klappt das mit der guten Laune nicht so recht: vor allem dann, wenn die forsche Abgeordnete mit ihrer Meinung in der eigenen Partei aneckt und danach die Wogen hochschlagen. So geschehen bei der Winterklausur der SPD-Fraktion in Irsee, wo sie sich als mögliche Alternative zu Florian Pronold für den Landesvorsitz der BayernSPD ins Gespräch gebracht hat.

Die 1958 im württembergischen Geislingen geborene Politikerin hat das 1. Staatsexamen für das Hauptschullehramt absolviert, bevor sie mit 29 Jahren ein Jurastudium aufnahm. Über die Hochschule kam sie zur Politik: Schon als ASTA-Vertreterin galt sie als unerbittliche Kämpferin für die Rechte der Studierenden. Naheliegender, dass sie – mittlerweile von Beruf Rechtsanwältin – nach ihrem Einzug in den Landtag 2003 Mitglied im Hochschulausschuss wurde, wo sie sich unermüdlich gegen die Einführung von Studiengebühren einsetzte. Die 50-jährige Abgeordnete, die ihre Freizeit gern mit Hund und Pferd in der Natur

verbringt, gilt bei Kollegen als fleißig und sachkundig. In ihrer zweiten Periode als Abgeordnete ist Rupp als stellvertretende Vorsitzende in den Haushaltsausschuss gewechselt. Sie sitzt damit in wirtschaftlich besonders schwierigen Zeiten an einem der wichtigsten Schalthebel der Politik.

Die SPD-Frau engagiert sich dafür, dass die Staatsregierung ein eigenes Konjunkturpaket auflegt – und dafür, dass die 1,9 Milliarden Euro, die vom Bund kommen, richtig verwendet werden. Dem kann sie sich nun mit voller Kraft widmen: Der Wirbel in Irsee hat die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Chefin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ihre Posten als frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten und als Verantwortliche im Landesbank-Kontrollgremium gekostet.



Foto: Poss

[➔ MEHR](#) /asa

Der Freistaat im Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise

## „Bayern hat eine sehr gute Ausgangslage“

*Bayern bleibt wegen seiner starken Exportabhängigkeit von der globalen Rezession nicht verschont. Doch noch ist der Arbeitsmarkt stabil.*

Bei der Donauwörther Arbeitsagentur ist die Stimmung derzeit bestens. Donauwörth ist mit einer Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent die Stadt mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in Deutschland. Doch auch in Schwaben ist die allgemeine Wirtschaftskrise spürbar: Wie im gesamten Freistaat hat die Kurzarbeit in den vergangenen Wochen dort deutlich zugenommen. Und andernorts im Freistaat werden auch Stellen abgebaut. Vor allem Auto- und Maschinenbauer sind betroffen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar in Bayern gegenüber dem Vormonat deshalb um 67 827 auf 330 597. Dennoch sagt der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern, Rainer Bomba: „Bayern hat für das neue Jahr eine sehr gute Ausgangslage, weil die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten erheblich gesunken ist.“ Ein Problem sei aller-

dings, dass in Bayern viele Arbeitsplätze von der Kraftfahrzeugindustrie, dem Maschinenbau und der Elektrobranche abhängig seien, die von der aufziehenden Krise stärker als andere betroffen seien.

„Die Wirtschaft wird im Freistaat wegen der Exportabhängigkeit noch stärker schrumpfen als im Bundesdurchschnitt“, weiß auch Christian Dreger, Konjunktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW. Der Freistaat habe eine Exportquote von etwa 50 Prozent, deutschlandweit liege diese in diesem Jahr bei nur 44 Prozent. Experten erwarten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um mehr als zwei Prozent.

„Die Aussichten für 2009 sind düster“, sagt auch Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM) und des Bayerischen Unternehmensverbandes Metall- und Elektro (BayME). Laut einer aktuellen Konjunkturumfrage der Verbände bewertet nur noch ein gutes Fünftel der Firmen die aktuelle Geschäftslage als gut, 40 Prozent dagegen als schlecht. Knapp drei Viertel der Unternehmen wollen ihre Produktion im ersten Halbjahr 2009 zurückfahren.

„Auch Bayern kann sich von der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Vor allem die Baubranche profitiert von den beschlossenen Konjunkturprogrammen.

Foto: ddp

nicht abkoppeln. Die starke Exportorientierung trifft die bayerische Wirtschaft in der jetzigen Situation besonders hart“, sagt Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP). Die Staatsregierung habe deshalb bereits im November auf Landesebene mit dem Beschleunigungsprogramm für Investitionen und dem

bayerischen Mittelstandsschirm wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung der Konjunktur getroffen. „Es gibt aber keinen Grund zu übertriebener Schwarzmalerei“, so der Minister. Bayerns Unternehmen seien besser für die Krise gerüstet als ihre Konkurrenten in anderen Ländern.

/bia

Der Freistaat im Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise

## Wege aus der Rezession

*Wie die Wirtschaftskrise am besten zu bewältigen ist, darüber gehen die Ansichten der Experten auseinander: Arbeitgeber-Repräsentant **Randolf Rodenstock** will mehr Netto für alle. Gewerkschaftsboss **Fritz Schösser** setzt auf ein bayerisches Konjunkturprogramm. Und beim ifo Institut kann man sich die Gründung einer „Bad Bank“ vorstellen.*



*Schwierige Entscheidung: Die einen wollen ein Konjunkturpaket, die anderen fordern dagegen Abgabensenkungen.*

*Foto: Bilderbox*

### Standpunkte der Experten

#### **Randolf Rodenstock (Unternehmer):**

Deutschland steckt in der Rezession. Das ist schlimm, aber kein Grund zur Panik. Die Konjunkturpakete verhindern erst einmal Schlimmeres. Nun gilt es aufzupassen, dass sich die Stimmung nicht gegen unser bewährtes System der sozialen Marktwirtschaft dreht. Wir dürfen daher nicht zurückfallen in eine pauschale Kapitalismuskritik, Staats-Interventionismus und in Regulierungswut. Wir müssen die derzeitige Rezession vielmehr als Chance begreifen: Wir können mit allem aufräumen, was in Deutschland Wachstum und Gerechtigkeit behindert. Es gilt, der sozialen Marktwirtschaft zu neuer Kraft zu verhelfen, damit wir nach der Krise kraftvoll durchstarten können. Dazu gehört vor allem, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Arbeit bezahlbar bleibt und die Menschen mehr Netto vom Brutto haben. Dies heißt vor allem: dauerhafte Entlastung von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmern durch eine allgemeine Steuersenkung und eine viel stärkere Reduzierung der Sozialabgaben. Finanzierungsbremsen – etwa im Bereich Infrastruktur –, die auf die Krise zurückzuführen sind, müssen zudem schnell gelöst werden. Öffentliche Investitionsprojekte sind vorzuziehen.



#### **Fritz Schösser (DGB Bayern):**

„Klotzen statt kleckern!“ ist das Gebot der Stunde. Das zweite Konjunkturpaket geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Fraglich ist allerdings, ob es im Gesamtumfang ausreicht, den Binnenmarkt zu stabilisieren. Entscheidend wird sein, wie viel Geld bei den Kommunen direkt ankommt, um schnell in Investitionen und Arbeitsplätze zu fließen. Auch der Tarifpolitik kommt gerade jetzt eine wichtige, Konjunktur stabilisierende Rolle zu: Jeder Euro mehr Einkommen für die Beschäftigten ist ein Euro mehr Nachfrage in der Realwirtschaft. Die globale Krise verlangt globale Antworten. Nur eine koordinierte expansive Geld- und Finanzpolitik der Staatengemeinschaft kann Impulse zur weltweiten Konjunkturbelebung setzen, ohne dass nationale Anstrengungen verpuffen. Politik und Gesellschaft müssen aus Fehlern lernen. Das „globale Spiel ohne Regeln“ hat sich selbst ad absurdum geführt. Wir brauchen einen Konsens über eine Finanz- und Marktwirtschaft mit festen Regeln. Die gesellschaftlichen und sozialen Belange der Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Der reale Austausch von Gütern und Dienstleistungen hat Vorrang vor der Finanzwirtschaft.



#### **Kai Carstensen (ifo Institut):**

Deutschland befindet sich in der wohl schwersten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Es gibt einige Parallelen, aber auch Unterschiede. So haben die Zentralbanken alles getan, um die Liquiditätsverknappung zu bekämpfen und den Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern. Die Regierungen haben mit Kreditgarantien und Eigenkapital geholfen. Es bleibt das Problem, dass nur die besonders hart getroffenen Banken staatliches Eigenkapital beantragen, also diejenigen, die am schlechtesten gewirtschaftet haben. Gegenüber den gesunden Banken verzerrt dies den Wettbewerb um knappes Kapital.



Besser wäre ein Zwang für alle Banken, die Kapitaldecke zu erhöhen – im Zweifelsfall durch Staatsbeteiligung für alle. Notfalls sind auch die Verstaatlichung maroder Banken und ihre Aufspaltung in einen guten und einen schlechten Teil zu erwägen. Denn erst die Gesundung des Bankensystems wird den Weg für eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung ebnen.



Der Freistaat im Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise

## Wie den Wirtschaftsmotor ankurbeln?

*Der Wirtschaftsmotor ist ins Stottern geraten. Die Rezepte der Politik gehen weit auseinander. Vor allem die SPD fordert ein eigenes bayerisches Konjunkturpaket zur Stützung der Wirtschaft im Freistaat. Die Staatsregierung lehnt dies ab.*

Die Binnennachfrage schwächelt



*Vor allem der Einzelhandel klagte schon vor der Rezession über eine nachlassende Nachfrage.*

Foto: Copyright: SZ Photo / Scherl

Erwin Huber, MdL (CSU)

Momentan liegen die Wachstumsprognosen für Deutschland im Jahr 2009 bei minus 2,25 Prozent. In Bayern sind Produktivität und Wachstum aber immer ein gutes Stück höher als deutschlandweit; wir haben die gesündere Wirtschaftsstruktur. Unsere vielseitigen mittelständischen Unternehmen sind insgesamt leistungsfähig und haben gute Chancen, die Krise erfolgreich zu meistern. Um möglichst viele Jobs retten zu können, haben wir in Bayern sehr schnell eine Mehrfachstrategie zur Sicherung mittelständischer Unternehmen umgesetzt: Seit Januar dieses Jahres ist mit der deutlichen Ausweitung des Bürgerschaftsprogramms der LfA Förderbank ein „Bayerischer Mittelstandsschirm“ aufgespannt. Gleichzeitig nutzen wir im Rahmen des Investitionsbeschleunigungsprogramms unsere Finanzkraft wirksam, indem wir schon seit Jahresbeginn öffentliche Aufträge in einem Volumen von über 1,3 Milliarden Euro schneller als sonst üblich vergeben.

Im Zuge der Umsetzung des zweiten Konjunkturpakets des Bundes werden wir in Bayern die Investitionstätigkeit von Freistaat und Kommunen mit zusätzlich 1,9 Milliarden Euro stärken. Es ist auf die CSU und ihren Einsatz zurückzuführen, dass schon in diesem Jahr merkliche Steuer- und Beitragssenkungen umgesetzt werden. Damit sind die investiven Möglichkeiten und die Kaufkraft gestärkt. Auch die Steuerpolitik bleibt auf der Tagesordnung; hier spricht sich jetzt Bundeskanzlerin Merkel ebenfalls für eine große Steuerreform aus. Für uns gilt dauerhaft als Orientierungspunkt: „Leistung muss sich lohnen!“



Paul Wengert, MdL (SPD)

Wir halten ein eigenes bayerisches Konjunkturprogramm für dringend erforderlich und haben dazu konkrete Vorschläge für Investitionen in Höhe von 800 Millionen Euro gemacht. 200 Mio. müssten danach noch 2009 zusätzlich für den Hochschulbau und die Hochschulsanierung bereitgestellt werden, jeweils 50 Millionen Euro zusätzlich für Bau und Sanierung von Schulen, für den Unterhalt und Bau von Staatsstraßen, für die Sanierung kommunaler Bäder und für den Wohnungsbau und jeweils 100 Mio. zusätzlich für die Krankenhäuser und die kommunale Infrastruktur. Konkret soll mit dem Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung kurzfristig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Bayern erhöht werden. Mittelfristig geplante staatliche Investitionen werden vorgezogen, und kommunale Investitionen durch Erhöhung der investiven Mittel der Kommunen erleichtert und beschleunigt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert außerdem, dass die 1,9 Milliarden Euro des kommunalen Investitionsprogramms in voller Höhe an die bayerischen Kommunen fließen. Das Geld muss komplett bei den Kommunen landen. Der bayerische Anteil an diesen 1,9 Milliarden Euro in Höhe von 477 Millionen Euro muss in voller Höhe zusätzlich in den Doppelhaushalt 2009/2010 aufgenommen werden. Es dürfen also keine im Entwurf des Doppelhaushalts bereits eingestellten Investitionen verwendet werden, um den bayerischen Finanzierungsteil damit zu bestreiten. Alles Geld muss zu 100 Prozent direkt an die Kommunen gehen und zwar schnell und unbürokratisch.



➔ MEHR

➔ MEHR

## Wie den Wirtschaftsmotor ankurbeln?

### Alexander Muthmann, MdL (Freie Wähler)

Um den Wirtschaftsmotor wieder auf die notwendigen Drehzahlen zu bringen, kann auch der Freistaat Bayern einen spürbaren Beitrag leisten. In allen Fällen muss aber darauf Wert gelegt werden, dass die Maßnahmen nicht als Strohfeuer ohne Wirkung verpuffen, sondern dauerhaft und nachhaltig wirken: Daher müssen die durch das Konjunkturprogramm zur Verfügung gestellten Mittel bei Bildung, Infrastruktur und Energieeffizienz eingesetzt werden. Da es auch um schnelle Wirkung geht, empfehlen wir, einen großen Teil der Mittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Dort können Entscheidungen besonders schnell, flexibel und wirksam getroffen werden, um beispielsweise im Städtebau in Dorf- und in Schulsanierungen zu investieren.

Daneben können wir dauerhafte Impulse setzen, wenn wir grundsätzlich investitionsbereite Betriebe und Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt durch finanzielle Anreize zu Investitionen bewegen, sei es durch steuerliche Entlastung oder als bayrische Maßnahme durch unmittelbare Investitionsförderung, insbesondere in strukturschwachen Gebieten. Investitionen für schnelle Internetanschlüsse in ganz Bayern und Verbesserungen der Technologien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien halten wir für weitere wichtige Schwerpunkte. Übrigens: Das Geld, das wir jetzt ausgeben, muss in der Zukunft erst verdient werden. Auch das sollten wir bei allen Entscheidungen im Auge behalten und nicht der nächsten Generation als Konjunkturalast überlassen.



### Dr. Martin Runge, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

Das Finanzmarkt-Desaster hat uns abrupt in eine weltweite Wirtschaftskrise befördert. Diese Krise hat sich allerdings schon zuvor mit der massiv spürbaren Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern abgezeichnet. Wirtschaften heißt eigentlich, haushälterisch umgehen mit knappen Ressourcen. Tatsächlich basieren Produzieren und Konsumieren in den modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften auf Verschwendung und Ausbeutung. Aktuell geht es nicht nur um eine Konjunkturkrise, die es zu bewältigen gilt. Nein, wir brauchen eine andere Wirtschaftsweise und demzufolge auch ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik. Der wirtschaftspolitische Werkzeugkasten der Bundesländer ist knapp bestückt, aber v.a. mit der Wirtschaftsförderung und mit der Beschaffung der öffentlichen Hand gibt es wichtige Instrumente. Angesagt ist hier, wirklich innovative, ressourcensparende Techniken und Strukturen voranzubringen. Entsprechende Weichenstellungen müssen auch in der Bildungspolitik und der Infrastrukturpolitik erfolgen. Selbstverständlich muss der Freistaat nach Kräften bemüht sein, Unternehmen in Schieflage zu unterstützen. Beratung und Vermittlung, Bürgschaften bis hin zu klassischen Finanzhilfen sind hier im Einsatz. Gerade bei den letztgenannten Instrumenten muss der Staat aber darauf achten, dass nicht in unzulässiger Weise in den Wettbewerb eingegriffen wird und dass die Förderung nicht im Wesentlichen Anteilseignern und Altgläubigern zugutekommt.



### Xaver Kirschner, MdL (FDP)

Dem kraftvollen bayerischen Wirtschaftsmotor geht so schnell nicht die Puste aus: Wir müssen aber die Risiken ernst nehmen und das Drehmoment stärken. 2009 wird für die stark exportorientierte und investitionsgüterorientierte Ökonomie im Freistaat ein schwieriges Jahr. Die liberale Handschrift ist indes deutlich erkennbar: Der Wirkungsgrad des bayerischen Motors wird mit dem Mittelstandsschirm im Volumen von 300 Millionen Euro – auch mit zusätzlichen LfA-Bürgschaften – erhöht. Für mehr Drehmoment sorgen auch bundesweite Tuningmaßnahmen durch das zweite Paket der Bundesregierung: In den nächsten Monaten wird der Freistaat mit 1,9 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket II in Infrastruktur, Wohnungsbau, Städtebau, Bildung und Sicherheit investieren. Mit dem „Zukunftsprogramm Bayern 2020“ werden wir in den nächsten vier Jahren zusätzlich insgesamt 1,7 Milliarden Euro in Bildung, Forschung und Technologie investieren.



Der klare ordnungspolitische Kompass der FDP ist angesichts der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten notwendiger denn je. Das bayerische Hochleistungstriebswerk entfaltet dann wieder seine volle Kraft, wenn die vom Staat getroffenen Tuningmaßnahmen wirken. Wenn Unternehmen, Tarifparteien und die Politik gemeinsam an einem Strang ziehen, sorgen die Rotoren wieder für Wachstums- und Beschäftigungsimpulse.

## Bahn gibt Qualitätsprobleme zu DB Bayern-Chef Klaus-Dieter Josel berichtete im Wirtschaftsausschuss

*Überfüllte Züge, Verspätungen, Ausfälle, verpasste Anschlüsse, mangelhafte Informationen – der Nah- und Regionalverkehr der Deutschen Bahn hat in den letzten Wochen für negative Schlagzeilen gesorgt. Frustrierte Fahrgäste und Berufspendler machten ihrem Ärger Luft, wandten sich an ihre Abgeordneten im Landtag. Im Wirtschaftsausschuss stellte Klaus-Dieter Josel, Bevollmächtigter der Bahn in Bayern, nun Verbesserungen in Aussicht.*

Die jüngsten Probleme der Bahn im Regionalverkehr, insbesondere im Raum Augsburg und Nürnberg, nannte der Ausschussvorsitzende Erwin Huber (CSU) ein großes Ärgernis.

### Täglich 6000 Züge und über eine Million Fahrgäste

Als Auftraggeber habe der Freistaat ein großes Interesse an einem pünktlichen Regionalverkehr sowie modernem Wagenmaterial. „Dazu sind wir gegenüber dem Bürger verpflichtet“, sagte Huber und verwies auf die vom Freistaat eingesetzten Steuergelder. 6000 Züge mit mehr als einer Million Fahrgästen rollen jeden Tag durch Bayern.

Adressiert waren die Mahnungen des Ausschussvorsitzenden an Klaus-Dieter Josel, DB

Bayern-Chef, der kurzerhand seine Termine umdisponiert hatte, um zeitnah im Landtag Rede und Antwort stehen zu können. Josel räumte die Probleme auf einigen Strecken in Bayern ein und sah insbesondere beim ICE, beim Augsburger „Fugger-Express“ sowie bei der Mittelfrankenbahn Handlungsbedarf. Detailliert schilderte er hier die internen Schwierigkeiten der Bahn und zeigte Lösungsperspektiven auf. „Wir nehmen diese drei Themenfelder sehr ernst“, versicherte der Bahnbevollmächtigte den Ausschussmitgliedern.

Ein flächendeckendes Qualitätsproblem, darauf legte Josel großen Wert, gäbe es in Bayern hingegen nicht. Die Pünktlichkeit liege bei 90 Prozent. 1,6 Milliarden Euro habe die



Viele Pannen haben in den letzten Wochen den Nah- und Regionalverkehr beeinträchtigt. Foto: ddp

Bahn in neue Wagen investiert und durch den Ausbau sanierungsbedürftiger Strecken eine „Grundstabilität im System“ erreicht.

Die Ausschussmitglieder blieben skeptisch. Sie sahen strukturbedingte Defizite bei der Bahn, die von einem drastischen Personalabbau und der Vernachlässigung der Infrastruktur herrührten. Die Bahn, klagte der CSU-Abge-

ordnete Eberhard Rotter, versage schon beim Service für die Fahrgäste, die häufig über Zugausfälle nicht oder falsch unterrichtet würden. Ins gleiche Horn stießen der FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Hacker, Alexander Muthmann von den Freien Wählern und Dr. Martin Runge von Bündnis 90/Die Grünen: „Die Informationspolitik der Bahn war nicht gut und wird immer schlechter“, so der wirt-



DB Bayern-Chef Josel im Wirtschaftsausschuss.

schaftspolitische Sprecher der Grünen. Er verwies auch auf die mehreren dutzend Anträge seiner Fraktion hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Ersatz- und Pufferkapazitäten, die seit Jahren ungehört blieben. „Hat der Freistaat zu wenige Zugkilometer bestellt oder ist es die Bahn, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommt“, wollte Runge wissen. Vielleicht, schlug Paul Wengert von der SPD vor, solle Bayern ja nicht nur Zugkilometer ausschreiben, sondern vorgeben, wie die personelle Ausstattung sein soll und wie viele Züge als Puffer bereitstehen müssen.

Konkrete Antworten darauf blieb Josel schuldig. „Die Kunden“, sagt er, „stimmen mit den Füßen für den Nah- und Regionalverkehr ab. Wir sind da auf einem guten Weg. Die Zahl der Fahrgäste ist erfreulich gestiegen.“ /kh

## Vorfahrt für die Subsidiarität

### Treffen der CALRE-Arbeitsgruppe im Maximilianeum

*Die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ der CALRE, die Konferenz der Präsidenten der Regionalparlamente in der EU, ist im Januar im Landtag zu Gesprächen zusammengekommen.*



Im Mittelpunkt des rund dreistündigen Gedankenaustauschs standen die Kontrolle und die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die Regionalparlamente.

Gemäß diesem Prinzip darf die Europäische Union nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können. Kurz: Was von den Regionen selbst erledigt werden kann, soll nicht von Europa geregelt werden.

Vor diesem Hintergrund praktiziert der Bayerische Landtag seit Jahresbeginn ein neues Verfahren, das es ihm erlaubt, sich mit Hilfe zusätzlicher Informationen der Staatsregierung

frühzeitig mit EU-Rechtsetzungsvorschlägen zu befassen, die im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip stehen könnten. Einig waren sich die Landtagspräsidenten, dass die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in Europa maßgeblich davon abhängt, wie die

Regionalparlamente künftig ihre Strukturen vernetzen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten bündeln. Die Erfahrung lehre: Subsidiarität in der EU entstehe nicht von selbst. Sie müsse vielmehr von den Regionalparlamenten immer wieder von Neuem errungen werden. ➔ MEHR /kh



Teilnehmer des CALRE-Treffens in München (v. l.): Landtagspräsident Gebhard Halder (Vorarlberg), Präsident Ernest Benach i Pascual (Katalonien, Spanien), Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (Bayern) sowie – nicht auf dem Bild – Landtagspräsident Peter Straub (Baden-Württemberg). Sie wurden vor der Sitzung von Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags (2.v. l.), begrüßt.

Foto: Poss

## „Adieu“ und „Ahoj“ Europaausschuss zu Besuch beim französischen Generalkonsul

*Die Franzosen sagten „adieu“, die Tschechen „ahoj“: Der Übergang der Europäischen Ratspräsidentschaft von Frankreich auf Tschechien zum Jahreswechsel stand im Mittelpunkt eines Besuchs der Europaausschuss-Mitglieder des Bayerischen Landtags im französischen Generalkonsulat in München.*

„Etwas hat sich verändert. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa haben heute das Gefühl, es würde ihnen schlechter gehen, wenn es die Europäische Union nicht gäbe“, konstatierte Stéphane Visconti, der französische Generalkonsul in München. Als Gastgeber hatte er Ende Januar die Mitglieder des Landtagsausschusses für Bundes- und Europapolitik in das Generalkonsulat in München-Bogenhausen eingeladen, um gemeinsam eine Bilanz der im Dezember 2008 abgelaufenen Ratspräsidentschaft unter Präsident Nicolas Sarkozy zu ziehen. Mit von der Partie war auch Karel Boruvka, tschechischer Generalkonsul in München, dessen Land

die Staffel der Ratspräsidentschaft zum 1. Januar von Frankreich übernommen hatte: „Wir Tschechen meinen, dass Frankreich bemerkenswerte Ergebnisse erzielen konnte“, sagte er.

### Themen der Ratspräsidentschaft

Die Landtagsdelegation nutzte die Zusammenkunft im Konsulat zum Dialog und Gedankenaustausch: „Es ist wichtig, dass wir frühzeitig die Themen der Ratspräsidentschaft diskutieren, insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Bayern“, so die Ausschussvorsitzende Prof. Ursula Männle. Die jeweils halbjährlich

unter den Mitgliedstaaten wechselnde Ratspräsidentschaft spielt für die EU eine besondere Rolle: Das Land, das die Ratspräsidentschaft inne hat, kann entscheidende politische Impulse setzen. Es übernimmt im Gesetzgebungsverfahren eine zentrale Aufgabe bei den Verhandlungen und bei der Kompromissuche unter den Mitgliedstaaten. Das Gleiche gilt gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Außerdem vertritt das mit der Ratspräsidentschaft beauftragte Land die EU im Rahmen ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. /kh



Der Europaausschuss im französischen Generalkonsulat in München.

### Europaparlament wirbt im Landtag

Mit Spannung blickt Bayern der Europawahl vom 4. bis 7. Juni entgegen: Jochen Kubosch vom Münchner Informationsbüro des Europäischen Parlaments und Dr. Henning Arp von der Münchner Vertretung der Euro-



päischen Kommission berichteten im Europaausschuss von den Vorbereitungen im Vorfeld der Wahl. An

der siebten Europawahl nehmen alle 27 EU-Mitgliedstaaten teil, insgesamt sind 375 Millionen EU-Bürger zur Wahl aufgerufen.

Seit der Europawahl 1994 sitzen im Europäischen Parlament, das sich derzeit aus 785 Abgeordneten zusammensetzt, 99 deutsche Abgeordnete. Elf Abgeordnete des Europäischen Parlaments vertreten derzeit Bayern.

Mit TV-Spots, Plakaten, Info-Flyern, Aktionen und Events wie zum Beispiel Bürgerforen, Vorträge und Planspiele an Schulen, so Kubosch und Arp, werde die Europäische Union in den nächsten Wochen auf die Wahl einstimmen. Schon jetzt gibt es viele Hintergrundinformationen zur EU und zu den Mitgliedstaaten. [MEHR](#) /kh

# Weiß-blaue Vorbereitungen auf die Europawahl

## Bayerns Parteien ziehen in den Wahlkampf - Derzeit elf bayerische Abgeordnete

*Die Europawahl ist auch ein Thema der Landtagsfraktionen. Vor allem das Antreten der Freien Wähler sorgt für großes Aufsehen.*

Nach den jüngsten Wahlschlägen geht die CSU optimistisch in die Europawahl am 7. Juni. Parteichef Horst Seehofer setzt auf die Attraktivität einer auf den Spitzenplätzen jungen und weiblichen Kandidatenliste. Dass sich auf dieser prominent platziert auch die frühere Schulministerin Monika Hohlmeier befindet, steigert die Hoffnungen Seehofers sogar noch. Während die Personalie der umstrittenen Strauß-Tochter an der Parteibasis für viel Aufruhr sorgte, glaubt Seehofer an ihre Magnetkraft bei den Wählerinnen und Wählern.

Thematisch will die CSU mit bekannten Forderungen punkten: Bürokratieabbau, mehr Bürgernähe und strikte Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei. Als Wahlkampfschlager hat die CSU Plebiszite entdeckt. So fordert sie Volksbefragungen zu EU-Beschlüssen, die

massiv in die Souveränität der Mitgliedsstaaten eingreifen.

Sorgen macht der CSU - auch wenn sie das nicht zugeben mag - die überraschende Europa-Kandidatur der Freien Wähler. Die Gruppierung hat der CSU schon bei der Landtagswahl vor allem in ländlichen Regionen die Wähler zu Tausenden abspenstig gemacht. Als Spitzenkandidatin ist nun auch noch Gabriele Pauli im Gespräch, jene Frau, die den Sturz des früheren Ministerpräsidenten Edmund Stoiber einleitete, als sie noch Vorstandsmitglied der CSU war. Schon im Landtagswahlkampf hat sich Pauli als wahrer Stimmenmagnet für die Parteifreien erwiesen. In der Sache wollen die Freien Wähler Agrarthemen in den Vordergrund rücken, eine Stärkung der Kommunen innerhalb der EU und die gezielte Förderung des ländlichen Raums.

### Bald auch Liberale aus Bayern in Straßburg?

Die SPD geht mit dem europäerfahrenen Wolfgang Kreissl-Dörfler in die Europawahl. Mit ihm hat die BayernSPD drei Bewerber auf aussichtsreichen Posten auf der Bundesliste der Partei, bislang ist der Landesverband nur mit zwei Abgeordneten in Brüssel und Straßburg

vertreten. Im Mittelpunkt der SPD-Kampagne soll das soziale und bürgernahe Europa stehen. Zurück ins Europaparlament wollen die bayerischen Grünen mit der Generalsekretärin von Amnesty International, Barbara Lochbihler. Auf Platz fünf der Grünen-Europaliste hat sie gute Chancen. Die Grünen treten mit der Forderung nach mehr politischer Integration bei gleichzeitig mehr Demokratie und bürgerlicher Be-

teiligung in Europa an. Bayerns Liberale planen mit der Münchner Stadträtin Nadja Hirsch die Rückkehr ins EU-Parlament, die vom aussichtsreichen Platz neun der FDP-Liste aus startet. Ihr europapolitisches Wahlkampfkonzept will die FDP erst in wenigen Wochen verabschieden. Grundforderung wird dabei ein Zurückdrängen der EU-Bürokratie und dafür mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen sein. /Jürgen Umlauf



Das Europäische Parlament repräsentiert die zweitgrößte Demokratie der Welt: Nur in Indien gibt es mehr Wahlberechtigte, die nach demokratischen Grundsätzen wählen.

Foto: ddp

# Bits und Bytes statt Papier

## Alle Parlamentspapiere seit 1946 sind nun online verfügbar

*Der Bayerische Landtag gehört zu den wenigen Landesparlamenten in Deutschland, die Parlamentspapiere seit 1946 in digitaler Form anbieten. Sämtliche Drucksachen und Plenarprotokolle sind seit Kurzem im Internetangebot des Bayerischen Landtags abrufbar.*

Elektronische Dokumente lagen bisher erst ab 1994 vor. Alle früheren Dokumente waren ausschließlich auf Papier gedruckt. In einem eineinhalbjährigen Projekt wurden diese in Kooperation mit dem gesamtdeutschen Parlamentsspiegel eingescannt.

Allein im Archiv des Bayerischen Landtags wurden über 110 000 Seiten aus den Jahren 1978 bis zurück zum Jahr 1946 digitalisiert und in die Parlamentsdatenbank integriert. Damit steht der komplette Bestand an Parlamentspapieren seit der Wiedergründung des in der NS-Zeit aufgehobenen Bayerischen Landtags zur Verfügung. Das sind bis zur 15.

Wahlperiode (abgeschlossen 2008) insgesamt 2029 Protokolle der Vollversammlungen und 138 388 Drucksachen, die der Landtag behandelte. Komplettiert wird diese Dokumentation der Gesamtarbeit des Landtags durch die Tätigkeitsberichte der Wahlperioden seit 1946, die ebenfalls digitalisiert und ins Internet gestellt wurden.

### Vollständige Digitalisierung

Das gesamte Digitalisierungs-Projekt wurde ohne Beauftragung einer Spezialfirma realisiert, die Präsentation im Internet mit Unter-

stützung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung umgesetzt. Durch die vollständige Digitalisierung der Parlamentspapiere wurde auch ein wichtiger Beitrag zur Langzeitarchivierung geleistet. Das Papier aus den 1940er und 1950er Jahren ist aufgrund der eher schlechten Papierqualität in den Nachkriegsjahren bereits vom Zerfall bedroht. Durch die elektronischen Kopien ist die Erhaltung der Informationen auf Dauer gesichert.

Die Vervielfältigung ist nun besonders einfach: Die Dokumente können von Interessierten

weltweit heruntergeladen, per E-Mail versandt und auch bequem ausgedruckt werden. Die Qualität des Ausdrucks ist dabei häufig besser als die inzwischen vergilbten Originale in Papier.

[MEHR](#)

/Dr. Markus Nadler



Besonders übersichtlich: das neue Digital-Archiv.

Foto: Landtag

### Kostenloser Service

Gibt es in der Landespolitik bestimmte Themen und Personen, für die Sie sich besonders interessieren? Der Abonnement-Service des Bayerischen Landtags hält Sie darüber per E-Mail gezielt auf dem Laufenden.

Individuell können Sie mit Hilfe von Namen, Schlüsselbegriffen oder Suchkriterien Informationsunterlagen aus den parlamentarischen Gremien des Landtags anfordern – zum Beispiel Tagesordnungen, Anträge, Anfragen, Gesetzentwürfe, Protokolle etc.

Die Zustellung des Abonnements erfolgt in der Regel einmal pro Tag und ist kostenlos. Sind für eines Ihrer Abonnements neue Informationen vorhanden, erhalten Sie dazu eine E-Mail.

[MEHR](#) /kh



Spart Zeit: der Abo-Service des Landtags. Foto: Poss

## „Schutzschild parlamentarischer Freiheit“

Landtagskenner Peter Jakob Kock gibt Einblicke in die Historie des Maximilianeums

*Der Landtag ist voller Geheimnisse: Peter J. Kock deckt in seinem Buch „Das Maximilianeum. Eine Biografie des Gebäudes“ einige davon auf.*

„Das Maximilianeum sei das Palladium, also das Schutzschild, parlamentarischer Freiheit des bayerischen Staatsvolkes.“ So zitiert Peter Jakob Kock in seinem Buch „Das Maximilianeum. Biografie eines Gebäudes“ den Historiker Karl Bosl. Heuer sind es genau 60 Jahre, dass der Bayerische Landtag im Maximilianeum seinen Sitz hat. Zu diesem Anlass ist Kocks Buch erschienen. Landtagspräsidentin Barbara Stamm bezeichnet den Autor als den „wohl besten Kenner der jüngeren Landtagsgeschichte“. Allerdings beschäftigt sich Kock auf den 185 Seiten seines Buchs nicht mit dem Verfassungsorgan Landtag, sondern mit der Geschichte des imposanten Gebäudes, das die prunkvolle Maximilianstraße abschließt. Und diese Historie ist eine wechselhafte sowohl in politischer



*Kock bei der Präsentation seines Buches. Strathern*

als auch in architektonischer Hinsicht. Kaum zu glauben, dass der Bau am rechten Isarufer lange geschmäht wurde: als „Schamtuch für Haidhausen“, das die Herbergen der armen Leute in der Vorstadt zu verhüllen suche.

### Zunehmende Verwahrlosung des Ensembles

In Auftrag gegeben von Maximilian II. und entworfen vom Architekten Friedrich Bürklein, waren in dem Ensemble neben der gleichnamigen Hochbegabtenstiftung auch eine Bildersammlung mit Historiengemälden und die Königliche Pagerie untergebracht. Seit der

Jahrhundertwende verwarhloste das Ensemble allerdings zunehmend. Zu propagandistischen Zwecken ließen die Nazis die Fassade wieder instand setzen. 1944 und 1945 wurde das Maximilianeum von Bomben getroffen und erheblich beschädigt.

Nur ein Jahr später, am 5. Juni 1946, begann man mit Renovierungen an dem Gebäude, das nun seit 60 Jahren Sitz des Bayerischen Landtags ist. Die Volksvertreter teilen sich das Maximilianeum mit den Studenten der gleichnamigen Hochbegabtenstiftung. Innen und außen hat sich im Laufe der Jahrzehnte so einiges an dem Gebäude verändert: Neben einem Neubau ist der neue Plenarsaal, der 2005 fertiggestellt wurde, die aufwändigste Innovation: Helles Eichenholz am Boden und entlang der Wände kontrastiert mit intensivem roten Leder auf den Sitzen. Der Raum ist auffallend lichtdurchflutet, was der semitransparenten Glasdecke geschuldet ist. Durch sie können die Abgeordneten den Wechsel der Tageszeiten

wahrnehmen – ohne von intensivem Sonnenlicht geblendet zu werden. Damit folgte man einem von mehreren Entwürfen, zwischen denen sich die Abgeordneten entscheiden mussten.

Kock widmet sich in seinem Buch, das in sieben Kapitel unterteilt ist, den verschiedenen Bauvorschlägen ebenso wie er die geschichtlichen Ereignisse schildert. Das Wechselspiel aus architektonischer und politischer Historie bedingt sich und macht das Werk spannend.

*/Alexandra Kournioti*



*Peter Jakob Kock: „Das Maximilianeum. Biografie eines Gebäudes“, ISBN 978-3-86520-322-9, Allitera Verlag.*

*Foto: Poss*



## Bayerischer Club ehrt Christof Botzenhart



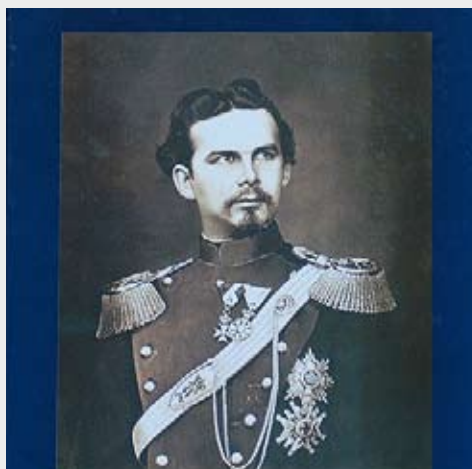
Dr. Christof Botzenhart ist erster Träger des neu geschaffenen Max-Spindler-Preises. Die nach dem Landeshistoriker Prof. Max Spindler (1894 – 1986) benannte

Auszeichnung des „Bayerischen Clubs“ im Bereich der bayerischen Landesgeschichte wurde Botzenhart für seine Dissertation über „Die Regierungstätigkeit König Ludwig II. von Bayern“ zuteil.

Der im Landtagsamt tätige Historiker weist in seiner Doktorarbeit nach, dass der volkstümlich als „Märchenkönig“ bezeichnete bayerische Monarch in weit höherem Maße als bisher angenommen das politische Leben seiner Zeit und die Regierungsgeschäfte des damaligen Königreichs Bayern beeinflusst hat. Verliehen wurde der Preis in Anwesenheit des stellvertretenden Landtagsdirektors Dr. Berndt Jäger durch den Vorsitzenden des Bayerischen Clubs, Prof. Dr. Albert Scharf.

Das Anliegen des 1925 gegründeten Bayerischen Clubs ist es, bayerische Identität, bayerische Kultur und bayerische

Traditionen zu pflegen und zu fördern. Im Sinne dieses Ziels bietet der Club Schülern und jungen Wissenschaftlern durch die Auslobung von Preisen zusätzliche Anreize, sich mit Themen der bayerischen Kultur zu beschäftigen. /kh



CHRISTOF BOTZENHART  
*„Ein Schattenkönig ohne Macht  
 will ich nicht sein“*  
 Die Regierungstätigkeit  
 König Ludwigs II. von Bayern  
 VERLAG C. H. BECK

*„Ein Schattenkönig ohne Macht will ich nicht sein“, so der Titel der im C.H. Beck Verlag erschienenen Dissertation.*

## „Neue transatlantische Ära“

Vom „Gefühl eines Neubeginns“ sprach Reinhold Bocklet, I. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, als er den Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft in Berlin, John Koenig, zu einem Vortrag im Konferenzzimmer des Maximilianeums begrüßte. Bereits im vergangenen Juli habe sich beim umjubelten Auftritt Barack Obamas in Berlin gezeigt, welche Hoffnungen in Deutschland auf ihn gesetzt würden. Laut einer Umfrage wünschten sich drei von vier Deutschen Politiker mit einem Charisma wie Obama. Nach dieser wohlwollenden Vorrede war es an John Koenig, eine „neue transatlantische Ära“ zu skizzieren. Koenig ist seit Anfang Dezember Geschäftsträger ad interim der amerikanischen Botschaft in Berlin; der Botschafter wurde mit dem Abtritt der Bush-Regierung abgezogen, ein neuer ist noch nicht ernannt. Koenig, dessen Vorfahren aus Unterfranken kamen, richtete sein Referat ganz auf Barack Obama aus und zitierte immer wieder aus der Antrittsrede des neuen Präsidenten: „Wir haben uns hier

zusammengefunden, weil wir uns für Hoffnung anstelle von Angst entschieden haben, für gemeinsame Ziele anstelle von Konflikt und Zwietracht.“

Koenig war von 2003 bis 2006 stellvertretender Ständiger Vertreter und Gesandter der US-Vertretung bei der Nato in Brüssel und als solcher maßgeblich mit dem Afghanistan-Einsatz der Nato befasst. Dementsprechend nahm Afghanistan breiten Raum in seinem Vortrag ein, wobei Koenig unter anderem die EU-Polizeimission hervorhob und den deutschen Beitrag dazu entscheidend nannte: „Das wird hochgeschätzt!“ Damit kam ein heikler Punkt auf den Tisch: „Wir sind besonders froh, dass Bayern jetzt auch bereit ist, Polizeiausbilder nach Afghanistan zu schicken.“ /F. Sendtner



Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet (re.) begrüßte John Koenig. Foto: Poss

## Landtag: Neuer Amtschef designiert

An der Verwaltungsspitze des Parlaments steht ein Wechsel bevor: Landtagsdirektor Peter Maicher (rechts) tritt zum 31. März in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger hat das Präsidium des Bayerischen Landtags einstimmig Peter Worm bestimmt. Der Jurist ist seit 23 Jahren im Landtag beschäftigt. Seit Ende 2006 leitet er die Abteilung Z (Zentrale Dienste).  
*Ein ausführlicher Bericht folgt.*



Das Bayerische Personalvertretungsgesetz wird heuer 50 Jahre alt. Dieses Jubiläum hat der Landtag zum Anlass für eine Feierstunde im Maximilianeum genommen. Die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes Ingrid Heckner (Foto) verwies in ihrem Grußwort auf den wegweisenden Charakter des Personalvertretungsgesetzes: Erst mit dem Personalvertretungsgesetz hätten die Beschäftigten echte Mitwirkungsrechte erhalten.

Foto: Poss

## Neue Pressesprecherin nimmt die Arbeit auf

Zum 1. März 2009 wird Heidi Wolf ihr neues Amt als Pressesprecherin des Bayerischen Landtags antreten. Die Journalistin ist langjährige Korrespondentin des Bayerischen Rundfunks für Passau. Der bisherige Pressesprecher des Landtags Axel Stehle ist dagegen seit Januar wieder zum Bayerischen Rundfunk zurückgekehrt. Stehle hatte am 1. Juni 2004 die Nachfolge von Kurt Müller angetreten.



## Abschied von Erwin Stein

Im Alter von 78 Jahren ist am 6. Februar der ehemalige Abgeordnete Erwin Stein (CSU) gestorben. Der Volkswirt war von 1968 bis 1994 Mitglied des Landtags und vertrat dort den Stimmkreis München-Moosach.



## Impressum

### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

### Redaktion:

Katja Helmö (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Tobias Lill (Bayerische Staatszeitung)

### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.